

# *Stenografischer Bericht*

## **59 ao. Sitzung des Landtages Steiermark**

---

XVII. Gesetzgebungsperiode 12. November 2019

Beginn: 10.01 Uhr

Entschuldigungen: LTAvg. Bauer und LTAvg. Petinger

**M.**

Mitteilungen (§ 39 GeoLT)

Betreff: *Mitteilungen gem. § 39 GeoLT*

### **D1. Einl.Zahl 3702/1**

*Dringliche Anfrage* der FPÖ an Landesrätin Mag. Kampus

Betreff: *Steirische Asylheime: 67 Sachbeschädigungen, 88 Diebstähle, 90 gefährliche Drohungen, 205 Körperverletzungen, 22 schwere Körperverletzungen, sieben absichtlich schwere Körperverletzungen, fünf Vergewaltigungen, drei Morde und eine längst rücktrittsreife SPÖ-Landesrätin Kampus, die von all dem nichts gewusst haben will!*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAvg. Kunasek (10385)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (10390)

Wortmeldungen: *(Siehe Tagesordnungspunkt D2)*

Beschlussfassung: (10410)

### **D2. Einl.Zahl 3703/1**

*Dringliche Anfrage* der FPÖ an Landeshauptmann Schützenhöfer

Betreff: *Steirische Asylheime als Gefahr für die öffentliche Sicherheit – wo war der Landeshauptmann?*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAvg. Kunasek (10393)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Schützenhöfer (10395)

Wortmeldungen: LTabg. Mag. Hermann (10401), LTabg. Triller, BA MSc. (10404), LTabg. Mag. Hermann (10406), LTabg. Kunasek (10407)

Beschlussfassung: (10410)

**Präsidentin Kolar:** Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es findet heute die neunundfünfzigste Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt. Es handelt sich hierbei um eine außerordentliche Sitzung.

Ich begrüße alle Erschienenen, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien sowie alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer an der Spitze sowie die heute anwesenden Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt für die heutige Sitzung sind Frau Abgeordnete Renate Bauer und Herr Abgeordneter Karl Petinger.

Am 08. November 2019 wurde von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß Art 15 Abs. 5 L-VG iVm § 40 Abs 6 GeoLT ist der Landtag binnen fünf Werktagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies von wenigstens einem Fünftel der Mitglieder verlangt wird. Der vorliegende Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung. Aus diesem Grunde wurde die heutige Sitzung einberufen.

Es wurden 20 Anfragebeantwortungen gemäß § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht. Die Anfragebeantwortungen sind auf der Homepage des Landtages Steiermark veröffentlicht.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und ersuche um Wortmeldungen zu diesen einzelnen Tagesordnungspunkten.

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs der Dringlichen Anfragen der FPÖ an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus sowie an Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer betreffend steirische Asylheime werden diese in einer gemeinsamen Wechselrede behandelt.

Am Freitag, dem 08. November 2019 wurde um 21.04 Uhr von Abgeordneten der FPÖ eine Dringliche Anfrage, Einl.Zahl 3702/1, an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus „**Steirische Asylheime: 67 Sachbeschädigungen, 88 Diebstähle, 90 gefährliche Drohungen, 205 Körperverletzungen, 22 schwere Körperverletzungen, sieben absichtlich schwere Körperverletzungen, fünf Vergewaltigungen, drei Morde und eine längst rücktrittsreife SPÖ-Landesrätin Kampus, die von alldem nicht gewusst haben will!**“ eingebracht.

Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Mario Kunasek das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Herr Klubobmann.

**LTAbg. Kunasek – FPÖ (09.05 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, geschätzte Abgeordnete!

Wir thematisieren heute bei dieser Sondersitzung ein Thema, das ja nicht ganz so neu ist in diesem Hohen Haus und das uns seit einigen Monaten schon beschäftigt. In diesem Zusammenhang muss ich auch noch einmal anmerken, dass die bisherige parlamentarische Behandlung, und vor allen Dingen auch die bisherig geleisteten Antworten zu unseren aus unserer Sicht - und wir wissen mittlerweile auch die bestätigte Sicht des Innenministeriums - nicht zufriedenstellend gewesen ist, und wir deshalb uns auch heute hier aufgrund der Darstellungen, die uns mittlerweile vorliegen, uns dazu entschlossen haben, diese Sonderlandtagssitzung entsprechend heute hier abzuführen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde jetzt versuchen, das in aller gebotenen Kürze zu tun, weil vieles, was es hier an Begründung gibt, bereits mehrmals an diesem Rednerpult ja vorgetragen wurde, aber ich möchte trotzdem die Vorgeschichte in ein paar kurzen Sätzen noch einmal zusammenfassen. Wir haben vor einigen Monaten aufgrund der von veröffentlichten Zahlen aus Tirol erfahren, dass es in den Asylheimen und Asyleinrichtungen im Bundesland Tirol, in etwa 80 Einrichtungen, zu rund 600 gravierenden Vorfällen gekommen ist, zu 110 Hausverboten und eben Zustände zutage gekommen sind, die man als besorgniserregend einstufen kann. Aufgrund dieser Medienberichterstattungen und Zahlen haben wir uns dazu

entschlossen, auch die in der Steiermark zuständige Landesrätin Doris Kampus in Schriftlichen Anfragen damit auch zu konfrontieren und die Fragen gestellt, wie es eigentlich in den steirischen Asylunterkünften aussieht und wie dort die Zustände sind. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Landesrätin, wir wissen, dass diese Schriftlichen Anfragen alle ins Leere gelaufen sind, es keine Beantwortung gegeben hat, es durchaus so gewesen ist, dass man hier versucht hat, so den Mantel des Schweigens über diese Zustände zu legen und es deshalb auch hier mehrere Dringliche Anfragen zum Thema an die zuständige Landesrätin gegeben hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, dass selbstverständlich das Interpellationsrecht des Landtages und der Abgeordneten vorsieht, dass Regierungsmitglieder entsprechend auch antworten müssen, wenn Abgeordnete Fragen zu den Ressortbereichen dieser Landesregierungsmitglieder haben. Und ich darf daran erinnern, bei den Dringlichen Anfragen - es waren auch immerhin zumindest zwei, die mir in besserer Erinnerung geblieben sind -, nämlich im September 2019, am 17. September konkret, hat uns die Frau Landesrätin keine Auskunft gegeben. Sie hat gemeint, dass im Ressortbereich keine Vorfälle in diesem Bereich bekannt sind und dass sozusagen hier keine Berichterstattung möglich ist. Wir haben dann am 15. Oktober 2019 in einer darauffolgenden Sitzung nämlich auch anlässlich des furchtbaren Doppelmordes in Oberösterreich, begangen durch einen Asylwerber, wiederum die Frau Landesrätin befragt und wiederum keine Antworten erhalten. Und Sie können sich auch gut erinnern, dass ich hier auch von diesem Rednerpult aus vorgetragen habe, dass das Regelwerk des Landes Steiermark für die Asylunterkünfte grundsätzlich vorsieht, nämlich dass besondere Vorkommnisse selbstverständlich zu melden sind und selbstverständlich auch, wenn es solche Vorkommnisse gibt, entsprechende Handlungen seitens der Ressortleitung, damit der zuständigen Landesrätin, auch durchzuführen sind. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, auch damals das gleiche Bild: Die Frau Landesrätin hat damals behauptet, es liegt ihr ein - ich betone - ein bekannter Fall vor in den letzten Jahren, was diese besonderen Vorkommnisse betrifft und hat dann angemerkt: „Und übrigens, ich wäre eigentlich gar nicht zuständig, sondern für diese Dinge ist die Exekutive zuständig!“ Also man hat hier etwas aus meiner Sicht verdreht, nämlich, zum einen, selbstverständlich, was die Exekutive betrifft, auch die sicherheitspolizeilichen Ebenen, mit dem, was die Frau Landesrätin betrifft, nämlich Hausordnungsbrüche, entsprechende Hausverbote, besondere Vorkommnisse, die selbstverständlich bei ihr im Ressortbereich auch angesiedelt sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, und das war dann auch der Anlass und der Grund, warum unser

Abgeordneter zum Nationalrat, Hannes Amesbauer, der Sicherheitssprecher, letztlich auch eine Anfrage an das Innenministerium stellte. Und da muss ich auch sagen, da bin ich sehr dankbar dem Innenminister Peschorn, der uns auch eine sehr detaillierte Übersicht über diese, aus meiner und unserer Sicht durchaus untragbaren Zuständen in den steirischen Asylunterkünften geliefert hat. (*Beifall bei der FPÖ*) Ich darf daher noch einmal einige Zahlen aus dieser Anfragebeantwortung zitieren, um uns noch einmal vor Augen zu halten: Wovon reden wir hier überhaupt? Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwischen 2016 und dem 23. September 2019 kam es insgesamt in den steirischen Asylunterkünften zu 695 Polizeieinsätzen und es wurden zwischen 2016 und 2018 574 Delikte dort auch zur Anzeige gebracht. Und wenn man sich die ausgewählten Delikte in diesem Bereich in diesen beiden Jahren auch nur näher ansieht, dann sieht man auch die Tragweite dieser Entwicklungen in diesen Asylheimen. Es waren insgesamt:

- gem. § 127 StGB (Diebstahl): 88 Delikte
- gem. § 125 StGB (Sachbeschädigung): 67
- gem. § 107 StGB (Gefährliche Drohung): 90
- gem. § 83 StGB (Körperverletzung): 205 Delikte
- gem. § 84 StGB (Schwere Körperverletzung): 22
- gem. § 87 StGB (Absichtliche schwere Körperverletzung): 7
- gem. § 201 StGB (Vergewaltigung): 5
- und § 75 StGB (Mord), und genauso ist es auch im Gesetz niedergeschrieben: 3.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, das zeigt auch auf, wie unehrlich hier die zuständige Landesrätin agiert hat. Weil es ist ausgeschlossen – ausgeschlossen -, dass die zuständige Landesrätin über diese Zustände nichts wusste und umso verwerflicher ist es, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Frau Landesrätin Kampus bis dato hier keine Auskünfte erteilt hat. (*Beifall bei der FPÖ*) Man kann und muss daher aus meiner Sicht hier festhalten, dass hier aufgrund von politischen Gründen, Variante 1, diese Zahlen zurückgehalten wurden. Dass man hier versucht hat, etwas zu vertuschen, schöner zu reden, als es ist, dass man versucht hat, die Steiermark als sozialromantisches Asylparadies darzustellen und dabei vergessen hat, dass man auch eine Verantwortung für die steirische Bevölkerung hat – Variante 1. Und Variante 2 - auch das ist möglich, und das habe ich hier schon einmal festgehalten von diesem Rednerpult aus: Die Frau Landesrätin ist einfach maßlos überfordert mit der Situation und mit ihrer Aufgabe, die ihr vor einigen Jahren hier zugeteilt wurde. Beides, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind allerdings Fakten und

---

Zustände, die aus meiner Sicht untragbar sind, und deshalb werden wir heute auch zum zweiten Mal einen Misstrauensantrag gegen die zuständige Landesrätin – Asyllandesrätin Doris Kampus, einbringen. *(Beifall bei der FPÖ)* Und meine sehr geehrten Damen und Herren, es zeigt aber auch auf traurige Weise eindrucksvoll auf, dass wir in vielen Bereichen wohl die Falschen ins Land gelassen haben und dass wir in diesen Bereichen auch leider eine Politik vorgefunden haben, die nicht dazu geneigt war und die nicht dazu gedient hat, letztlich jenen Schutz und Hilfe zu gewähren, die es wirklich brauchen und auf der anderen Seite aber nicht von der politischen Führung den klaren Willen erkennen können, dass dort, wo solche Zustände herrschen, dass, wenn sich jemand nicht an das Gastrecht hält, auch entsprechende politische Maßnahmen notwendig sind, um wieder auch Ordnung in unserem Bundesland entsprechend herbeizuführen. Und wir werden deshalb auch in einer zweiten Dringlichen Anfrage heute an den Herrn Landeshauptmann, der ja auch als Regierungschef, als Landeshauptmann dieser Landesregierung vorsteht, entsprechende Fragen stellen, was er so getan hat, um diese Zustände, diese untragbaren Zustände in den Asylheimen in der Steiermark entsprechend zu verbessern. Und meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf hier auch noch einmal erwähnen, was sich auch alles an Realitätsverweigerung in diesem Hohen Haus bereits alles zugetragen hat, und da findet man ja ganz skurrile, im Nachhinein gesehen aber traurige Aussagen von Abgeordneten dieses Hauses. Ich habe hier eine Aussage der Abgeordneten Schweiner aus dem Jahr 2017 gefunden, am 13. Februar, wie sie auf den Antrag, den damals noch die FPÖ auch wiederum eingebracht hat, in dem es um Sicherheitspersonal in den Asylheimen geht, übrigens abgelehnt, klarer Weise, die Frau Abgeordnete gemeint hat, ich zitiere: „Ein Menschenbild, das sich in mir auftut, wenn ich das lese, dass die Menschen gefährlich sind, eingesperrt gehören, von Sicherheitspersonal bewacht werden müssen, ein Alkoholverbot erlassen werden muss. Ich komme aus der Südoststeiermark, ich würde mir manchmal ein Alkoholverbot in ganz anderen Zusammenhängen wünschen als in einem Versorgungsquartier, wo Menschen miteinander leben.“ Warum zitiere ich das, meine sehr geehrten Damen und Herren? Weil es auf eindrucksvolle, aber auch traurige Weise widerspiegelt, wie hier in vielen, vielen Debatten und Wortmeldungen mit diesem Thema umgegangen worden ist. Man hat einfach ignoriert, weggewischt, hat der Freiheitlichen Partei alles Mögliche vorgeworfen, um dann letztlich jetzt auch hier aufgrund dieser Anfragebeantwortung, so denke ich, erkennen zu müssen, dass die Warnungen der Freiheitlichen Partei und von unserer Fraktion in diesem Bereich mehr als nur berechtigt gewesen sind, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

---

Und deshalb sage ich auch ganz offen hier von diesem Rednerpult aus: Die politische Verantwortung für diese Zustände, die wir hier erleben, ist ja entsprechend schon festgemacht. Die politische Verantwortung trägt zum einen natürlich die zuständige Landesrätin, die hier in einer Art und Weise agiert hat, wo es eben nicht zu Vorkehrungen gekommen ist, diese Situationen zu verbessern. Die politische Verantwortung trägt aber insgesamt natürlich auch die Landesregierung und große Teile auch dieses Hohen Hauses, quer, über fast alle Fraktionen, die eben dieses Thema nicht ernst genommen haben, letztlich aber trotzdem, Frau Landesrätin Kampus, wird es heute notwendig sein, diese Parlamentarische Anfrage und die Anfragebeantwortung des Innenministers Peschorn hier zu besprechen und entsprechend auch noch einmal von Ihnen einzufordern, welche sonstigen weiteren Vorkommnisse es in den Asylheimen gegeben hat, ganz besonders, wenn es um Hausverbote geht. Es kann uns doch bitte niemand weismachen, dass, wenn heute ein Asylwerber in einer Asylunterkunft ein Hausverbot bekommt, dass dann die zuständige Landesstelle davon nichts weiß, weil letztlich dieser Asylwerber ja auch wieder in einer anderen Unterkunft unterzubringen ist. Das heißt, meine sehr geehrte Frau Landesrätin, ich fordere Sie heute wahrscheinlich letztmalig hier von diesem Rednerpult auf, dem Hohen Haus und den Abgeordneten in dieser Frage oder in diesen Fragen Rede und Antwort zu stehen und ich darf deshalb auch eine Dringliche Anfrage entsprechend einbringen:

1. Waren Ihnen die in der parlamentarischen Anfragebeantwortung (4122/AB) genannten Zahlen bereits vor einer allfällig medialen Berichterstattung beziehungsweise vor der Anfragebeantwortung durch das BMI bekannt?
2. Wenn ja, seit wann?
3. Wenn nein: Wollen Sie damit ernsthaft behaupten, Sie hätten in vier Jahren über 700 Polizeieinsätze und fast 600 angezeigte Delikte, darunter fünf Vergewaltigungen und drei Morde, nicht mitbekommen?
4. Übernehmen Sie für die gemeingefährlichen Zustände in und rund um Asylheime die politische Verantwortung?
5. Wenn nein, wer trägt dann die politische Verantwortung?
6. Wie viele sicherheitspolizeilich nicht relevante Vorfälle, wie etwa verbale Konflikte, Nachbarschaftsstreitereien und Verwaltungsübertretungen in steirischen Asylheimen, wurden Ihnen bzw. dem Sozialressort jeweils in den Jahren 2015 bis 2019 von den Betreibern von Asylheimen (Vertragspartnern) gemeldet?

7. Wie viele Hausverbote wurden jeweils in den Jahren 2015 bis 2019 gegenüber Bewohnern von Asylheimen ausgesprochen und dem Sozialressort gemeldet?
8. Wie lautet die konkrete Vorgehensweise des Landes, wenn gegenüber einem Asylwerber seitens des Quartierbetreibers ein Hausverbot ausgesprochen wurde?
9. Werden Sie angesichts der erschreckenden Zustände in steirischen Asylheimen eine Bestreifung (Bewachung) aller Grundversorgungsquartiere sowohl in der Nacht als auch am Tag durch externes, zugekauftes Sicherheitspersonal umsetzen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen?
10. Wenn nein, warum nicht?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die Frau Landesrätin auffordern, diese Fragen diesmal zu beantworten und ich darf hier auch feststellen, dass, sollte die Freiheitliche Partei mit einem entsprechenden Wählervotum ausgestattet sein und sollte die Freiheitliche Partei auch zu Verhandlungen eingeladen werden in der Zukunft, hier in der Steiermark auch Verantwortung zu übernehmen, dann muss es klar sein, und es ist für uns Freiheitliche auch klar, dass solche Zustände, wie sie jetzt in den letzten fünf Jahren im Bereich des Asylressorts geherrscht haben, nicht mehr stattfinden dürfen. Das ist auch unser Auftrag hier, den wir Freiheitliche ernst nehmen und auch umgesetzt wissen wollen. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 9.19 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Ich erteile nun Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeit von 30 Minuten gilt. Bitte, Frau Landesrätin.

**Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (09.19 Uhr):** Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, werte Kollegen auf der Regierungsbank, geschätzte Abgeordnete, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Vorab möchte ich gerne ausführen: Über jeder Debatte steht: Gesetze sind einzuhalten! Von und durch jeden und jede in der Steiermark. Jegliche Verdachtsmomente und Verstöße sind konsequent zu verfolgen und zu ahnden. Es ist hier auch nichts schön zu reden. Gewalt durch jede Person ist vehement abzulehnen. Dafür stehe ich mit der von mir gestarteten Initiative für eine gewaltfreie Steiermark. Null Toleranz für Gewalt in der Steiermark. Für die Sicherheit in der Steiermark zuständig ist das Innenministerium mit den jeweiligen polizeilichen Behörden.



Das ist gut und richtig so und die Polizei in der Steiermark macht ihre Arbeit sehr gut. Dafür gilt es einmal mehr danke zu sagen. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Deswegen gehören Kriminalstatistiken auch ins Innenministerium. Dort waren sie immer zu erfragen, dort können sie, wie im aktuellen Abfragefall, systematisch ausgewertet werden und dort sind sie auch in Zukunft gut aufgehoben. Den Menschen in der Steiermark muss Sicherheit gegeben werden. Aus wahltaktischen Gründen wird hier aber genau das Gegenteil davon inszeniert. Und das wird von mir strikt abgelehnt.

Die Zuständigkeit des Flüchtlingsreferates des Landes Steiermark dürfte mittlerweile hinlänglich bekannt sein, dennoch der Ordnung halber: Seitens des Sozialressorts und des Flüchtlingsreferates wird das Mögliche getan, um die Versorgung der zum Asylverfahren zugelassenen Personen vor Ort, entsprechend der rechtlichen Vorgaben, zu gewährleisten. Unsere Verpflichtung und Zuständigkeit ergibt sich aus den Grundversorgungsgesetzen von Bund und Land sowie der Artikel 15a-Vereinbarung mit dem Bund. Diese nochmals ausführlich zu zitieren liegt mir fern. Das habe ich bereits in den letzten Anfragebeantwortungen getan. Nochmals hinweisen möchte ich nur auf jene Daten, die verpflichtend sind zu erfassen und wofür in der Datenbank des Innenministeriums auch die entsprechenden Möglichkeiten gegeben sind. Darin geht es um personenbezogene Daten, die die Bundesländer erheben. Diese werden, wie bereits ausführlich ausgeführt, in den Akten der jeweiligen Personen dokumentiert. Diese geschieht zu dem Zweck, das Bundesamt für Asyl- und Fremdenwesen in der Abwicklung seiner Verfahren zu unterstützen. Das Land hat weiters eine Meldepflicht über Abmeldungen aus der Grundversorgung. Etwa, wenn sich eine Person länger als drei Tage nicht in ihrem Asylquartier aufhält. Eine automatisationsunterstützte Auswertung von sogenannten – unter Anführungszeichen – „Vorkommnissen“, ist in und mit der vom Bundesministerium für Inneres zur Verfügung gestellten Datenbank weder vorgesehen noch möglich. Bei strafrechtlicher Relevanz tritt die Polizei auf den Plan und leitet die entsprechenden Daten - wiederum selbst - an das Ministerium weiter, für genau jene statistischen Erhebungen, die nunmehr beim zuständigen BMI abgefragt wurden. Auch der Innenminister hat in seiner Anfragebeantwortung zum Auskunftsbegehren klargestellt: „Darüber hinausgehende anfragespezifische“, das ist jetzt ein Zitat, „entsprechend separierende von der zentralen automatisationsunterstützten Abfragesystematik abweichende Statistiken werden nicht geführt“. Von einer retrospektiven manuellen Auswertung der Aufzeichnungen aller Polizeieinsätze im Bundesland Steiermark ist im Hinblick auf das verfassungsrechtliche Gebot der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und

Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns nach Art. 126b B VG Abstand zu nehmen, zumal eine Beantwortung nur mit unverhältnismäßig hohem Administrationsaufwand und großer Ressourcenbindung möglich wäre“ – Zitat Ende. Wo wir können, unterstützen wir die Sicherheitsbehörden. Das Flüchtlingsreferat des Landes Steiermark beteiligt sich an monatlichen Besprechungen mit dem Innenministerium, das Bundesamt für Asyl- und Fremdenwesen, der Polizei und vielen anderen. Bei konkreten Anliegen der Polizei, wie z. B. der Verlegung von Asylsuchenden in ein anderes Quartier, erfolgt eine Kooperation mit dem Flüchtlingsreferat. Die Zusammenarbeit in jenen Belangen, für die wir zuständig sind und wo wir die Polizei in ihrer Arbeit unterstützen können, funktioniert eng und gut. Ebenso eng ist die Aufsicht über die steirischen Quartiere. 2.700 Kontrollen wurden durchgeführt. Durch die Regionalbetreuung der Caritas gibt es zwischen 8.000 und 10.000 Personenkontakte pro Monat. Insgesamt geht die Zahl der zu versorgenden Asylwerbenden weiterhin konsequent zurück. Im Gegensatz zu Spitzenzeiten im Jahr 2016 von bis zu 14.000 in der Steiermark untergebrachten Flüchtlingen stehen wir heute bei rund 3.200 Personen in Landesversorgung. Ich darf nun zur Beantwortung Ihrer Fragen kommen:

Zu den Fragen 1 und 2: Nein.

Zu den Fragen 3 bis 5: In der Verantwortung des Sozialressorts liegt, dass jene Asylwerbende, die durch das Bundesministerium für Inneres der Steiermark zur Versorgung zugewiesen werden, verkürzt zusammengefasst, ein Bett, ein Dach über dem Kopf zur Verfügung gestellt wird und etwas zu essen haben. Das ist meine Zuständigkeit. Genau wie Sie alle, lese ich jede mediale Berichterstattung über Gewalt mit großer Betroffenheit, denn jeder Vorfall und jede verurteilte Tat - ich wiederhole mich - ist eine zu viel. Aber ich habe Vertrauen in das Innenministerium und die zuständigen Sicherheitsbehörden. Ich gehe davon aus, dass sie ihre Arbeit verantwortungsbewusst und gut machen. Es liegt in der Kompetenz der Polizei zu entscheiden, in welchen Fällen andere Behörden, wie z. B. das Flüchtlingsreferat, zu informieren sind.

Zu den Fragen 6 bis 8: Ich habe es bereits bei den vorhergehenden Anfragen ausführlich erklärt und tue das gerne noch einmal. Die gemeldeten Vorfälle werden auf Relevanz für die Grundversorgung geprüft, im Personenakt des Asylwerbenden vermerkt und wo nötig, werden daraus Konsequenzen abgeleitet. Die häufigste Konsequenz bei Schwierigkeiten im sozialen Umfeld ist, dass eine Person in ein anderes Quartier verlegt wird. In letzter Konsequenz können Quartiere auch geschlossen werden. Darüberhinausgehende, von der zentralen automationsunterstützten Abfragesystematik abweichende Statistiken werden nicht

geführt. Von einer retrospektiven manuellen Auswertung der Aufzeichnungen aller Polizeieinsätze im Bundesland Steiermark ist im Hinblick auf das verfassungsrechtliche Gebot der Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns nach Art. 120b B VG Abstand zu nehmen, zumal eine Beantwortung nur mit unverhältnismäßig hohem Administrationsaufwand und großer Ressourcenbindung möglich wäre. Etwaige Meldungen werden, wie gesagt, personenbezogen bearbeitet und dokumentiert. Seitens des Sozialressorts wird festgehalten, dass sowohl das Flüchtlingsreferat als auch die Regionalbetreuung der Caritas in laufendem Kontakt mit den Quartieren und den untergebrachten Personen sind, um etwaige Probleme im Interesse der Steirerinnen und Steirer zu lösen. Dies gilt auch für den Austausch mit den Sicherheitsbehörden. Monatlich finden steirische Besprechungen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl mit dem Innenministerium, der Landespolizeidirektion und den zuständigen Ämtern der Landesregierung, so auch mit dem Referat für Flüchtlingsangelegenheiten, statt. In diesem Rahmen werden Informationen ausgetauscht und die Situation besprochen. Im Anlassfall kommt die Polizei auch auf direktem Wege auf das Flüchtlingsreferat zu und wird von diesem bestmöglich unterstützt.

Zu den Fragen 9 und 10: Diese Frage ist durch die zuständigen Sicherheitsbehörden zu klären. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 09.28 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Danke, Frau Landesrätin.

Ebenfalls am Freitag, dem 8. November 2019 wurde unmittelbar darauf von Abgeordneten der Freiheitlichen Partei eine weitere Dringliche Anfrage mit der Einl.Zahl 3703/1 an Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer betreffend „Steirische Asylheime als Gefahr für die öffentliche Sicherheit – Wo war der Landeshauptmann“, eingebracht.

Ich erteile Herrn Klubobmann LTAbg. Mario Kunasek das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage an Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt. Bitte, Herr Klubobmann.

**LTAbg. Kunasek – FPÖ (09.29 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, geschätzte Abgeordnete!

Auf die Nicht-Beantwortung der Dringlichen Anfrage werden wir dann noch später zu sprechen kommen, nämlich die Dringliche Anfrage an Landesrätin Kampus. Aber jetzt in einigen Sätzen auch noch eine Dringliche Anfrage an den Herrn Landeshauptmann. Lieber

Herr Landeshauptmann, ich glaube, du hast auch in den letzten Monaten über diese Entwicklung, die wir hier thematisiert haben, durchaus Kenntnis erlangt. Ich davon aus, dass du die Debatte um diese Vorfälle in den Asylheimen und die Malversationen im Rahmen des Asylbereichs in der von dir geführten Landesregierung durchaus gesehen hast und entsprechend - aus unserer Wahrnehmung heraus - auch handeln hättest müssen. Lieber Herr Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, du hast da in einer Reaktion auf die heute Sonderlandtagssitzung gesagt in den Medien, dass du in ständigem Kontakt mit den Sicherheitsbehörden stehst und selbstverständlich vollstes Vertrauen in diese auch hast. Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir haben Vertrauen in die Sicherheitsbehörden und, soweit es uns möglich ist, stehen auch wir in Kontakt mit diesen. Aber, das impliziert auch, dass du, wenn du mit ihnen in Kontakt gestanden bist und dich auch entsprechend briefen lässt über die Zustände in diesem Bereich, ja auch von diesen Malversationen und Zuständen gewusst haben musst, weil sonst wäre ja dieser Kontakt so, mehr oder weniger, nicht notwendig gewesen. Das bedeutet, du hast aus unserer Sicht etwas gewusst, aber nicht gehandelt, lieber Hermann Schützenhöfer. Das wäre aber letztlich aber deine Verantwortung gewesen. *(Beifall bei der FPÖ)* Und abgesehen davon das ich davon ausgehe, dass du in Kontakt mit den Behörden stehst und, dass du es auch gewusst hast, stellt sich die zweite Frage: Lieber Hermann Schützenhöfer, warum hast du nicht auch irgendwann den Kontakt gesucht mit der Frau Landesrätin und hast gesagt: „Liebe Doris Kampus, in deinem Ressortbereich spielen sich Unglaublichkeiten ab. Bitte“, als zuständiger regierungsverantwortlicher Landeshauptmann, “tue etwas und versuche die Situation in den Griff zu bekommen!“ Vielleicht ist es ja auch passiert, aber diese Antwort wirst du uns ja in den nächsten Minuten auch entsprechend geben. Was man aber schon festhalten muss, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass es hier auch seitens des Landeshauptmannes kein energisches Einschreiten gegeben hat. Da ich noch sehr gut im Ohr habe, dass in unsicheren Zeiten - wie der Hermann Schützenhöfer immer sagt - eine ruhige Hand und eine Führung auch entsprechend notwendig ist. Führung tut gut. Du hast gesagt du willst führen. Diese Führung haben wir im Bereich des Asylwesens in den letzten fünf Jahren leider trauriger Weise vermissen müssen, lieber Herr Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer. *(Beifall bei der FPÖ)* Führen heißt letztlich auch Verantwortung tragen und Verantwortung übernehmen. Deshalb, lieber Herr Landeshauptmann, bringe ich jetzt auch folgende Dringliche Anfrage an dich ein:

Wurden Sie seitens der Polizeibehörden regelmäßig über die Sicherheitslage in steirischen Asylheimen unterrichtet?

1. Wenn Sie von der nun bekanntgewordenen Gewaltorgie in Asylquartieren gewusst haben, warum haben Sie nicht umgehend den Landtag oder die Bevölkerung informiert?
2. Warum haben Sie keine Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit getroffen?
3. Wo war die ordnende Kraft des Landeshauptmannes, als sie die Steiermark dringend benötigte?
4. Wurden Sie regelmäßig über Vorkommnisse von der für Asyl zuständigen Landesrätin unterrichtet?
5. Haben Sie sich jemals bei der für Asyl zuständigen Landesrätin über die Sicherheitslage in steirischen Asylheimen erkundigt?
6. Hat Sie die für Asyl zuständige Landesrätin jemals über Vorkommnisse in Asylquartieren informiert?
7. Wenn ja, wann und in welcher Form?
8. Werden Sie angesichts der erschreckenden Zahlen nun handeln?
9. Wenn ja, wann und wie?
10. Werden Sie sich angesichts der dramatischen Situation persönlich der Sache annehmen und für Ordnung und Sicherheit in der Steiermark sorgen und die Angelegenheit, wie jüngst beim Thema Klimaschutz, zur „Chefsache“ erklären?

Ich bitte um Beantwortung. *(Beifall bei der FPÖ – 09.33 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Ich erteile nun Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Beantwortung eine Redezeit von 30 Minuten gilt. Bitte, Herr Landeshauptmann

**Landeshauptmann Schützenhöfer – ÖVP (9.34 Uhr):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Sicherheit in der Steiermark ist unbestritten ein zentrales Anliegen. Wenn ich jetzt die Sicherheit zur Chefsache mache, den Klimaschutz habe ich schon zur Chefsache gemacht, sitze ich dann allein da heroben, falls ich wieder die Mehrheit, falls ich erstmals die Mehrheit mache. *(LTabg. Kunasek: „Aber Sicherheitsreferent bist du schon noch?“)* Aber ich kann natürlich eines sagen, Herr Klubobmann, die Sicherheit ist unser aller Anliegen, und zwar aller Anliegen, wenn es um die Sicherheit der Steiermark, der Republik Österreich geht, aber

auch wenn Naturkatastrophen das Land heimsuchen, das weiß der frühere Verteidigungsminister gut, da haben wir ja gut zusammengearbeitet und das Bundesheer war immer zur Stelle. Deshalb sind Polizei und Bundesheer und natürlich die freiwilligen Organisationen unerlässlich, wenn es darum geht, den Menschen in bedrohlichen Situationen beizustehen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wenn es eine Amokfahrt gibt, wenn es ein Gewaltverbrechen gibt, das eine ganze Gemeinde in Angst und Schrecken versetzt, wie wir es erlebt haben, oder wenn, wie im Jahr 2015, unsere Grenzen gestürmt wurden. Als Landeshauptmann habe ich gemeinsam mit den Einsatzorganisationen und mit meinen Regierungskolleginnen und Regierungskollegen immer versucht - rasche und klare Entscheidungen für unser Land getroffen und für Sicherheit gesorgt. Wenn dann einer, mit dem ich als einer der wenigen trotzdem auch gut zusammengearbeitet habe, vor wenigen Tagen vom „Schlotter-Schützi“ oder wie geredet hat, nehme ich das zur Kenntnis. Ich war im Übrigen, wie diese Übung in Spielfeld war, einer der Verteidiger dieser Übung, auch gegenüber Medien, die uns alle niedergeschrieben haben, weil ich, wie manche hier im Haus 2015 unten waren. Spielfeld ist ein Trichter. Wir sind nicht die Ungarische Tiefebene, wo die Leute ausweichen können. Daher habe ich es immer für gescheit empfunden, dass Bundesheer und vor allem Polizei, dass Landesverteidigungsminister und Innenminister in einer guten Koordination dort die Maßnahmen aus Vorsichtsgründen so getroffen haben, wie sie gemacht wurden, um für den Fall des Falles gerüstet zu sein. Denn, das wissen wir, dass aufgrund der Krisenherde, die es in der Welt gibt, wir jederzeit wieder in einer Lage sind, das Land entsprechend zu schützen. Wenn wir uns außerhalb der Steiermark umschaun, dann sehen wir, dass die nächsten Jahre nicht leichter werden. Die Welt ist, wie gesagt, voll von Krisenherden. Die Herausforderungen in Europa und die Turbulenzen in der Welt gehen auch an uns nicht spurlos vorüber. Es zeigt sich heute noch deutlicher, wie notwendig rasche und klare Entscheidungen für unser Land sind. Was in der Welt geschieht, das können wir von hier aus nicht gar so leicht ändern. Aber welchen Weg wir in der Steiermark gehen, haben wir zu einem Großteil selbst in der Hand. Wir müssen den Menschen in der Steiermark mit bestem Wissen und Gewissen, ohne Ängste zu schüren, ohne etwas unter den Tisch zu kehren versuchen, Sicherheit geben! *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich fürchte, dass mit diesem Sonderlandtag, zwölf Tage vor der Wahl, ein anderer Eindruck als der der Sicherheit erreicht werden soll, denn, wenn in einer Presseaussendung der Freiheitlichen Partei vom Samstag davon gesprochen wird, dass es drei Morde in steirischen Asylheimen gegeben hätte, dann ist das schon etwas, was die Menschen natürlich aufwühlt, das sofort aufgeklärt werden muss.

Was aber auch sofort aufgeklärt wurde, denn selbstverständlich habe ich nach diesen Pressemeldungen mich mit dem Herrn Innenminister Peschorn, mit dem ich auch heute in der Früh noch einmal diskutiert habe und der mir erzählt hat, dass er sich gerade mit den Balkanstaaten getroffen hat, in Salzburg, um gemeinsame Maßnahmen für den Fall des Falles zu besprechen und mit dem Landespolizeidirektor Mag. Gerald Ortner Kontakt aufgenommen. Ergebnis: Diese Morde haben nicht stattgefunden. Diese Morde haben nicht stattgefunden und auch von Gewaltorgien in steirischen Asylheimen kann nicht die Rede sein, von dem was mir das Innenministerium gegeben habt, und ich würde meinen, machen wir doch einen Blick in diese Statistik, die polizeiliche Kriminalstatistik 2018, mit einem Vorwort vom Innenminister Kickl. Sie werden es haben. Ich suche sein Vorwort, da ist ein Bild von ihm, da lächelt er, ja. (*Heiterkeit bei der ÖVP und SPÖ*) Da wird er sich offensichtlich gefreut haben, da wird er sich offensichtlich gefreut haben, denn heuer im Mai, also gerade vor einem halben Jahr präsentiert, ja, die polizeiliche Kriminalstatistik 2018, na und was war die Hauptbotschaft, Herr Klubobmann? (*LTabg. Kunasek: „Ja?“*) Ich weiß schon, dass du da bist. Was war die Hauptbotschaft vom Innenminister Kickl? Die Hauptbotschaft war, dass Österreich, und die Steiermark gehört zu Österreich, so sicher sind wie noch nie! (*LTabg. Mag. Hermann: „Aber was hat das eine mit dem anderen zu tun?“ - Landesrat Mag. Drexler: „Na bravo. Das hat viel miteinander zu tun. Aufpassen Herr Klubobmann. Das ist unerhört.“ Unruhe und unverständliche Zwischenrufe einzelner ÖVP Abgeordneter*) Sie sprechen von einer vermeintlichen unglaublichen Gewaltorgie, also irgendwas passt da nicht zusammen. (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen*) Aber da bitte jetzt mir nicht böse zu sein, es kann ja nicht bis zum letzten Tag des Kickl Österreich das sicherste Land der Welt sein und am Tag drauf, sind wir wieder „Tschibuti“! Das geht nicht. (*Beifall bei der ÖVP, SPÖ und den Grünen*) Also das Sicherheitsthema, ich habe da alles herausgestrichen, was Angriff auf die FPÖ ist. Nur wenn Sie da jetzt so herausschimpfen, wissen Sie, das geht nicht, dass ich bis zu dem Tag, wo die FPÖ in der Regierung ist, sage: Das ist alles grandios und ab morgen ist wieder der Idi Amin da. Also das geht nicht. Und ich bitte Sie, Äpfel mit Birnen nicht 24 Stunden am Tag zu verwechseln. 18 Stunden sehe ich ein, wenn man nicht anders kann, aber 24 Stunden geht es nicht. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ - LTabg. Kügerl: „Das ist nicht so zu argumentieren.“*) Wir sind uns, bitte? (*LTabg. Kügerl: „Das ist nicht einfach so zu argumentieren.“*) Ja, es ist insgesamt traurig. Es ist insgesamt traurig. Aber auch bei uns war es schon sehr traurig. Wenn es darum geht, neue Flüchtlingsströme mit allen unseren Möglichkeiten zu verhindern, sind wir uns da hoffentlich ja einig im Landtag. (*LTabg.*

*Kunasek:* „Mit den Grünen gemeinsam dann?“) Und wir sind uns, meine Damen und Herren, doch hoffentlich auch einig, dass wir angesichts der Weltlage ständig auf der Hut sein müssen. Aber Bedrohungen herbeizureden, in bestimmten sozialen Medien, die Flüchtlingsströme von 2015 wiederholen zu lassen, dass sich die Leute nicht mehr auskennen – das ist nicht meines! Das darf man, wenn man verantwortlich ist, nicht tun. *(Beifall bei der ÖVP, der SPÖ und den Grünen)*

Wir alle wollen in Sicherheit leben und dabei dürfen wir uns glücklich schätzen, denn die Steiermark ist ein sehr sicheres Land. Das Grundbedürfnis nach Sicherheit ist aber keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen es uns Tag für Tag erarbeiten. Unsere engagierten Polizistinnen und Polizisten, unser Bundesheer, die Einsatzorganisationen, unsere Justiz und unzählige ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind wichtige Säulen unserer Sicherheit, die wir konsequent unterstützen müssen. In regelmäßigen Abständen informiere ich mich bei allen im Land Verantwortlichen über die aktuelle Sicherheitslage in der Steiermark. Es ist für mich selbstverständlich, dass ich in meiner Funktion stets alles in meiner Kraft Stehende tun werde, damit wir in der Steiermark weiterhin sicher leben können. Als Landeshauptmann ist es für mich klar, dass wir aus falsch verstandener Toleranz Entwicklungen nicht zulassen dürfen, die unserem Rechtsstaat und unserer Werteordnung zuwiderlaufen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Wer beabsichtigt, in der Steiermark zu bleiben, muss unsere Werte akzeptieren und sich an die österreichische Werteordnung halten. Es darf keine Toleranz bei Gewaltverbrechen geben. Das gilt aber für alle, für alle und nicht nur für die, die zu uns wollen. Denn, das darf ich Ihnen schon auch sagen: Ich war in den letzten eineinhalb Jahren in allen Bezirkshauptmannschaften und ich bin oft in Polizeidienststellen, in Wahlkampfzeiten mit Fotoapparat in Nichtwahlkampfzeiten ohne Fotoapparat. *(LTabg Mag. Hermann:* „Das darf man nicht mehr Herr Landeshauptmann, Datenschutz.“) Gilt nicht für den mittelbar zuständigen Landeshauptmann, wird aber ohnehin nicht veröffentlicht. Hab keine Angst, ich werde nicht wie Kickl ein Foto auf einen Werbeprospekt mit Polizisten machen. Ich sage nur, wir müssen den Blick aufs Ganze haben. Wenn mir Polizistinnen erzählen, dass sie zu zweit in Parks gehen, in ganz Österreich, wenn mir die Sozialleute in den BH's erzählen, dass die Hemmschwelle gesunken ist, dann gilt das für alle, die dort eintreten und etwas haben wollen. Da möchte ich nicht, dass wir die Menschen ausspielen, wenngleich es zu viele gibt, die zu uns kommen und die gewaltbereit sind. Das weiß ich, aber Aussätzige – ein Mensch ist nicht aussätzig, aber wenn etwas passiert, haben wir zu agieren und ich möchte klar sagen: Jedes Delikt ist eines zu viel. Da gibt es nichts schön zu reden. Es muss im



Bereich auch der Asylheime die Kriminalität möglichst eingedämmt werden. Und da sind wir alle, alle Verantwortungsträger auch gefordert. Ich möchte daher ersuchen, nicht Ängste schüren, sondern uns aktiv um die Sicherheit unserer Mitmenschen kümmern, wie wir das – ich wiederhole es – in der Frage der Schneekatastrophe, bei anderen Einsätzen gemeinsam mit dem Bundesminister Kunasek, der im Verteidigungsministerium gute Arbeit geleistet hat, davon lasse ich mich nicht abbringen, auch wenn er mich jetzt angeht, weil das gute Arbeit war, weil ich davon ausgehe, dass wir die Aloutte bekommen, weil wir in Straß schon den Pandur nachbeschafft haben, weil hier Dinge möglich waren, die bei einem anderen nicht möglich waren. Und ich würde vorschlagen, wir bleiben bei dieser Gesinnung der Zusammenarbeit.

Zur Beantwortung der Fragen:

Zu den Fragen 1 bis 4:

Wie bereits ausgeführt, erkundige ich mich in regelmäßigen Abständen über die Sicherheitslage in der Steiermark bei allen für die Sicherheit Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene. In keinem der Gespräche und auch nicht in dem von Ex-Innenminister Kickl veröffentlichten Bericht, wurde von Gewaltorgien in steirischen Asylheimen berichtet.

Die Einsätze in den steirischen Asylheimen haben sich wie folgt entwickelt:

Jahr 2016: 267 Einsätze, Jahr 2017: 250 Einsätze, Jahr 2018, Kickl, ja: 115 Einsätze

Bis jetzt einschließlich September, heuer: 63 Einsätze. Dabei ist mir wichtig zu betonen, dass, wie vorhin schon gesagt, jeder einzelne Polizeieinsatz einer zu viel ist.

Ich habe mir rausschreiben lassen, die sonstigen Polizeieinsätze, abseits. Ich will diese Vergleiche nicht machen, weil wir sind wieder bei Äpfel und Birnen, nur es sind viele hier informiert über die Gesamtzahlen, und dann kann man die auch einordnen.

Zu den Fragen 5 bis 8:

Landesrätin Mag. Doris Kampus hat mir von regelmäßigen Kontrollen des zuständigen Referates berichtet und dass es eine gute Zusammenarbeit mit der Polizei gibt. An dieser Stelle möchte ich mich bei Innenminister Dr. Wolfgang Peschorn und bei Landespolizeidirektor Mag. Gerald Ortner und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die hervorragende Arbeit bedanken. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Darf vielleicht bei diesem Punkt dazusagen, wir können froh sein, dass die Polizei aufgestockt wird. Jetzt wird sie wirklich aufgestockt. Ich bin ja bei den Ausmusterungen dabei. Die haben neue Gebäude

anmieten müssen für die Schulungen und Wahlkampf hin, Wahlkampf her, das gilt für mich auch nach dem 25. November und ich habe es gestern dem Bundeskanzler in spe gesagt: Beim Bundesheer muss etwas geschehen, aber, und das hast ja du als Bundesminister schon immer gesagt, ich bin nicht bereit, in diese Krisenschreiereien, diese Hysterie hinein zu verfallen, wie das jetzt manche in den letzten Wochen getan haben, denn dazu gibt es keinen Anlass. Mir wird berichtet, dass das Zusammenleben in den Asylunterkünften oftmals problematisch ist. Gründe dafür sind die unterschiedlichen Nationalitäten und Konfessionen sowie die ungewisse Perspektive der oftmals jungen männlichen Asylwerber. Bei der Auswahl der Unterkünfte wurde bewusst auf kleine Quartiere gesetzt. Darauf bin ich heute noch stolz, Frau Landesrätin. Du hast damals den Kurt Kalcher, der gerade ein paar Monate in Pension war, als Katastrophenhofrat zurückgeholt. Und wir haben Glück gehabt, weil der als Referent für, zum Beispiel, die Feuerwehr weiß, wie er mit den Bürgermeistern umgehen muss. Da gibt es Bürgermeister, denen ich sagen muss, du kannst tun was du willst, du musst 25 nehmen und dann gibt es einen Bürgermeister, wo man „zuwi beten“ muss, dass er ein paar nimmt, damit er nicht selber weint. Und das hat er geschafft. Und der Christian Konrad, der Feri Maier und alle diese Typen, die früher einmal, sagen wir, zu meiner Gemeinschaft gehört haben, haben uns gelobt und gesagt: Das steirische Beispiel ist das richtige. Möglichst keine Großquartiere. Ich habe immer abgelehnt, mit dir gemeinsam, dass wir hier fürchterliche Containerdörfer eröffnen müssen, und erinnere mich gut, wie wir zwei zu den ersten Flüchtlingen gefahren sind, da runter in die Messe. Der Nagl hat die Messe aufgemacht. Also das waren harte Stunden fürs Land, aber ich würde mir ungern sagen lassen, dass wir sie nicht nach anfänglichen Schwierigkeiten ganz gut bewältigt hätten.

Zu den Fragen 9 bis 11:

Da rennt die Uhr mit, habe ich eine Beschränkung? (*Präsidentin Kolar: „30 Minuten.“*) Wie? (*Präsidentin Kolar: „30 Minuten.“*) 30 Minuten! Najo, da habe ich ja Zeit.

9. bis 11.

Die Sicherheit in der Steiermark hat für mich oberste Priorität. Das ist jetzt 9. bis 11.

Meine Haltung gegenüber allen Strömungen und Tendenzen, die unsere Sicherheit gefährden, ist klar. Jede Form von Gewalt, aus persönlichen, religiösen oder ideologischen Gründen hat keinen Platz in der Steiermark. Bei Verstößen gegen unsere gesellschaftlichen Regeln und Werte muss rasch gehandelt werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich appelliere an Sie: Auch, wenn wir uns im Wahlkampf befinden, lassen wir uns deshalb nicht dazu hinreißen, unsere gemeinsame Arbeit schlecht zu reden. Gerade im Bereich der Sicherheit haben wir letztlich bei allen unterschiedlichen Zugängen gemeinsam gar nicht wenig zustande gebracht. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Verunsichern wir nicht die Bevölkerung, aber kehren wir auch nichts unter den Tisch, keine Frage. Der Weg der Zusammenarbeit hat unser Land nach vorne gebracht. Denn nur mit Respekt gegenüber anderen kann man auch anständig für das Land arbeiten. Ja, fertig. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 9.56 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Danke, Herr Landeshauptmann. Ich eröffne nunmehr die gemeinsame Wechselrede zu diesen Dringlichen Anfragen und weise auf die Bestimmungen der Geschäftsordnung hin, wonach Regierungsmitglieder sowie Abgeordnete nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich Herr stellvertretender Klubobmann Mag. Stefan Hermann. Bitte Herr Klubobmann.

**LTAbg. Mag. Hermann – FPÖ (09.57 Uhr):** Danke sehr, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Ich möchte ein paar Dinge festhalten, weil sie schlichtweg unglaublich sind. Ich halte fest, dass offensichtlich für die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP 700 Polizeieinsätze in den letzten Jahren in steirischen Asylquartieren – das sind vier Polizeieinsätze pro Woche – offensichtlich ein Grund sind hier zu lachen und unsere Initiative ins Lächerliche zu ziehen. *(Beifall bei der FPÖ – LTAbg. Dirnberger und LTAbg. Riener gleichzeitige, unverständliche Zwischenrufe)* Ich bin mir sicher, dass sich hier die Steirerinnen und Steirer ein entsprechendes Bild machen werden. Ich bin beim Herrn Landeshauptmann, dass die Arbeit unter der türkis-blauen Bundesregierung speziell im Sicherheitsbereich eine gute war. Ja, Herbert Kickl lacht zu Recht aus der Broschüre Kriminalitätsstatistik, weil die Kriminalität gesunken ist. Aber, meine lieben Kollegen von der ÖVP, Kickl hat im Sicherheitsbereich viel weitergebracht. Er hat, wie der Landeshauptmann richtig bemerkt hat, die Exekutive wirklich aufgestockt. Schauen wir uns einmal die Kurse in der Steiermark an – die Polizeiausbildungskurse. Heuer im vierten Quartal finden noch drei Kurse à 25 Personen statt, *(Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP, verbunden mit unverständlichen Zwischenrufen)* im nächsten Jahr nur noch ein Kurs. Ein Ausblick auf die schwarzgrüne Sicherheitspolitik,

meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ – Landesrat Mag. Drexler: „Also das ist ja unerhört.“*)

Was mich gestört hat war, dass man gemeint hat, das war kein Mord, wir würden hier hetzen, es hat keine drei Morde gegeben. Jetzt muss ich Sie bitten, lesen Sie die Beanfragung des Innenministers, worin steht § 75 Mord. Es waren, zum Glück für das Opfer, nur versuchte Morde, meine sehr geehrten Damen und Herren, (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP und SPÖ*) weil – jetzt sage ich Ihnen was – auch der versuchte Mord... (*LTabg. Eisel-Eiselsberg: „Es war kein Mord, da gibt es einen Unterschied.“*) Es ist ein Mord, weil nach dem Strafgesetzbuch § 15 auch der Versuch selbstverständlich strafbar ist. Denn wissen Sie, was passiert ist? (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP*) Ein Asylwerber versucht einen Bewohner dort anzuzünden und der hat zum Glück überlebt. Deshalb war es kein Mord, Herr Kollege Eisel-Eiselsberg, und nicht, weil er so ein braver Bursche war. Das unterscheidet uns auch als Freiheitliche von Ihnen hier herinnen. Wir schauen nicht weg, wir sprechen Probleme an und wir machen Politik nicht nach irgendeiner Meinungsmache in den Medien, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Und es ist gut, dass die Anzahl von Delikten auch in Asylquartieren zurückgeht. Die geht aber nicht zurück, weil die Frau Landesrat Kampus so hervorragende Maßnahmen gesetzt hat, sondern weil wir im Zuwanderungsbereich, im Sicherheitsbereich, im Asylbereich unter einem Innenminister Kickl, unter damals auch einer türkisen Regierungsbeteiligung hier die notwendigen Schritte gesetzt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es war erstaunlich zu bemerken, dass Herr Landeshauptmann, der ja nicht ressortzuständig ist, mehr zur Situation in Flüchtlingsheimen gesagt hat als die zuständige Landesrätin.

Jetzt bin ich bei Ihnen, Frau Landesrat. Sie haben eingangs in Ihrer Wortmeldung gemeint, man darf hier nichts schönreden. Sie haben dann aber 15 Minuten lang alles schöngeredet, was schönzureden ist. Sie haben wieder ans BMI verwiesen, Sie haben gesagt, wir würden hier reine Wahltaktik betreiben – das weise ich bei einem Themenkomplex wie der Sicherheit auf das Schärfste zurück. (*Beifall bei der FPÖ*) Sie haben auch gemeint, es wäre technisch nicht möglich und zu großer administrativer Aufwand hier Datenbanken entsprechend zu führen. Jetzt unterstelle ich Ihnen, sie wollen es schlichtweg nicht wissen, denn im 21. Jahrhundert keine Datenbank führen zu können, ist irrwitzig und bei Morden und Vergewaltigungen sich auf einen administrativen Aufwand herauszureden ist schlichtweg schändlich, meine sehr geehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der FPÖ*) Es ist ärgerlich und besorgniserregend, dass wir schon wieder über die Situation in Flüchtlingsheimen

sprechen müssen, da wir bereits im Jahr 2015 vor diesen Entwicklungen gewarnt haben. Im Jahr 2015 – vor dem Ausbrechen des Asylchaos – hatten wir bereits in den Jahren 2012 bis 2014 einen Polizei-Einsatz pro Woche. Wir haben das damals auch wieder öffentlich gemacht und sind da gescholten worden. Man hat uns als Hetzer und Rattenfänger geschimpft, mittlerweile liegen wir bei vier Polizei-Einsätzen pro Woche in steirischen Asylquartieren. Das heißt, die Zahlen geben uns recht und es ist ein Faktum, eine belegbare Tatsache, dass Asylquartiere Zentren von Gewalt und Kriminalität auch sind. Mindestens genauso besorgniserregend wie der Zustand in steirischen Asylquartieren ist ihre behagliche Auskunftsverweigerung in diesem Zusammenhang. Sie treten die Steiermärkische Landesverfassung mit Füßen und verweigern Abgeordneten ihr Interpellationsrecht und das ist schlichtweg schändlich, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*

Kurz zur Chronologie: Mehrere Schriftliche Anfragen nicht beantwortet, Befragung am 17. September 2019 nicht beantwortet, Dringliche Anfrage im Oktober nicht beantwortet – Verweis ans Innenministerium. Wir haben dann ein Schreiben an die Landtagspräsidentin, an Ihre Genossin, gerichtet – leider ohne Erfolg. Sie, geschätzte Frau Landesrat, haben immer versucht die Steiermark als friedvolles Asylparadies darzustellen. Sie haben den Steirerinnen und Steirern ein Asylmärchen aus „Tausend und einer Nacht“ aufgetischt und spätestens nach der Anfragebeantwortung vom Abgeordneten Amesbauer ist dieses Asylkartenhaus in sich zusammengebrochen.

Ich möchte jetzt nicht mehr die großen Delikte ausführlich aufzählen, das hat Klubobmann Kunasek schon gemacht – wie gesagt: 700 Polizei-Einsätze in den letzten Jahren, darunter schwere Körperverletzung, absichtlich schwere Körperverletzung, Vergewaltigung und – ja, ich sage es noch einmal – Mord. Weil das Delikt des § 75 ist Mord, auch wenn es beim versuchten Mord geblieben ist. *(LTAbsg. Eisel-Eiselsberg: „Wenn man ermordet wird, dann ist man tot.“)* Lesen Sie das Strafgesetzbuch, Herr Kollege Eiselsberg, dann wissen Sie es - „auf die schändliche Neigung“ - aber der Täter wollte schon umbringen, Kollege Eiselsberg, oder? *(LTAbsg. Eisel-Eiselsberg: „Das war ja etwas Anderes.“)* Nein, das ist nichts „was Anderes“. Wenn ich fünfmal auf jemanden schieße und der zum Glück überlebt, bin ich trotzdem ein Mörder – Strafgesetzbuch lesen, dann wissen wir weiter, gell. *(Beifall bei der FPÖ)*

Diese Zahlen habe eine große landespolitische Dimension. Es ist völlig undenkbar für eine Regiererin, ja, es ist nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen, dass man von 700 Einsätzen, von 600 Delikten und fünf angezeigten Vergewaltigungen und – ich sage es

noch einmal – drei angezeigten Morden nichts gemeldet bekommen hat. Meine Schlussfolgerung: Sie haben einen Verfassungsbruch der Sonderklasse aus politischen Gründen begangen, indem Sie uns hier nicht geantwortet haben. Es ist auch unglaublich, dass dieses Gewaltpotential und diese Gefährdung für Anrainer und Bedienstete, welches von Asylquartieren ausgeht, verschwiegen wurde.

Daher, sehr geehrte Frau Landesrat, sehen wir uns heute gezwungen, ein Misstrauensvotum gegen Sie einzubringen. Sie haben trotz mehrmaliger schriftlicher, mündlicher und dringlicher Anfragen den Landtag und die Bevölkerung nicht informiert. Sie haben 700 Polizei-Einsätze, 600 Delikte und Vergewaltigungen und Morde ignoriert. Ihnen war es als zuständige Landesrätin offensichtlich völlig egal, welche Zustände in steirischen Asylquartieren vorherrschen und Sie haben eine Gefährdung der Bevölkerung, der Mitarbeiter und der Anrainer in Kauf genommen. Auch wenn Sie von diesen Zuständen wirklich nichts gewusst haben, dann ist das noch ein Grund, um Ihnen heute hier das Misstrauen auszusprechen.

Die politische Verantwortung für diesen Gewaltskandal steht längst fest. Jahrelange Vertuschung, die Weigerung der Beantwortung parlamentarischer Anfragen stellen einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Landesverfassung dar und der nun, dank durch die FPÖ, bekannt gewordenen Zustände in den Asylquartieren, ist nur noch ein parlamentarisches Mittel zulässig und legitim.

Ich darf daher folgenden Antrag stellen: Der Landtag wolle beschließen:

Landesrätin Mag. Kampus wird gemäß Artikel 38 Abs. 4 LVG ausdrücklich das Vertrauen versagt.

Auch wenn ich mir keine großen Hoffnungen mache, dass dieses Misstrauensvotum heute hier entsprechend ausfällt und Ihnen das Misstrauen ausgesprochen wird – jemand wird Ihnen das Misstrauen am 24. aussprechen. Das werden die Steirerinnen und Steirer sein, wenn sie sich diese Zahlen vor Augen führen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei FPÖ – 10.05 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Marco Triller. Bitte, Herr Abgeordneter.

**LTAbg. Triller, BA – FPÖ (10.06 Uhr):** Dankeschön, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, geschätzte Herren Landesräte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseher!

Herr Landeshauptmann hat davon gesprochen, dass Sicherheit unser aller Gut ist. Ich gebe ihm da Recht und auch im Bereich der Sicherheit kann und darf nicht gespart und für Sicherheit müssen wir auch entsprechend Gelder in die Hand nehmen, um unsere Steirerinnen und Steirer in unserem schönen Bundesland auch schützen zu können. Aber in dieser Debatte ist mir aufgefallen, dass zum Teil diese Delikte, die einerseits kritisch von unserer Seite angesprochen wurden, schon durchaus verharmlost wurden bzw. war meine Wahrnehmung so, dass es sehr verharmlosend herübergekommen ist. Ich denke, wir brauchen hier nichts zu verharmlosen, es ist Fakt, dass diese Delikte und diese Straftaten auch stattgefunden haben und dementsprechend müssen wir als Landespolitik auch handeln. Wir haben im Jahr 2017, im Jänner schon, einen Antrag eingebracht, dass externes Sicherheitspersonal in Asylquartieren eingesetzt werden soll. Mir ist schon bewusst, dass es nicht möglich ist, Sicherheitspersonal in allen Unterkünften in der ganzen Steiermark einzusetzen, aber man durchaus gewisse Quartiere, wo eben ein höheres Gewaltpotential vorhanden ist, herauspieken und dort externes Personal auch einsetzen kann. Man hätte vielleicht auch in dieser Zeit was verhindern können, vielleicht hätte man Straftaten verhindern, reduzieren können. Mir ist auch durchaus bewusst, dass man wahrscheinlich nicht alle Straftaten verhindern kann, aber man kann durch den Einsatz von externem Sicherheitspersonal in Asylquartieren jedenfalls vorausschauend handeln, um diese Zahlen, die uns da heute vorgelegt worden sind, einzudämmen.

Ich kann aber auch von jemandem verlangen, der Schutz in unserem Heimatland sucht, dass er kontrolliert, vielleicht auch durchsucht wird in verschiedensten Bereichen – auf Waffen, Drogen oder sonstiges. Es ist ja auch möglich, dass man das beispielsweise mit unseren Grundwehrdienern macht oder auch mit unseren Soldaten. Auch da gibt es Organe wie z.B. die Militärpolizei oder im Wachdienst befindliche Soldaten, dass man Grundwehrdiener und auch andere Soldaten kontrolliert. Ich glaube, es ist durchaus möglich, das auch bei Asylwerbern in diesem Sinne anzuwenden und darf dementsprechend auch einen Entschließungsantrag einbringen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert in und rund um alle steirischen Asylquartiere sowohl am Tag als auch in der Nacht eine Bestreifung mit externem Sicherheitspersonal sicherzustellen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Es geht in diesem Bereich um die Sicherheit. Sollte die Gefahr natürlich nicht mehr gegeben sein, dann brauchen wir dieses Personal natürlich nicht mehr. Aber wie man aus diesen Delikten oder aus diesen Zahlen herauslesen kann, es ist notwendig hier jetzt, sofort zu handeln, auch wenn die Zahlen zurückgehen. Aber Sie haben auch gesagt, dass jedes Delikt eines zu viel ist und ich bitte daher um Annahme dieses Antrages und um eine breite Mehrheit. Vielen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 10.09 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Danke, Herr Abgeordneter.

Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. *(LTabg. Mag. Hermann: Unverständlicher Zwischenruf.)* Bitte, jawohl. Lieber Herr geschäftsführender Klubobmann Stefan Hermann, du hast dich zu Wort gemeldet.

**LTabg. Mag. Hermann – FPÖ (10.10 Uhr):** Dankeschön, Frau Präsidentin! Geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher!

Wir haben hier erlebt, dass man sich wieder bemüht hat die Steiermark als friedvolles Asylparadies darzustellen, die 700 Polizei-Einsätze wurden hier schlichtweg ignoriert. Jetzt ist es fraglich, ob Landesrätin Kampus nur die Bevölkerung und den Landtag da irgendwie im Dunkeln hat tappen lassen oder ob sie auch ihre Regierungskollegen nicht informiert hat. Durch diese beharrliche Weigerung den Landtag und die Bevölkerung zu informieren, wurde eindrucksvoll bewiesen, dass die für das Asylwesen zuständige Landesrätin nicht in der Lage ist für Ordnung in Quartieren zu sorgen. Aus sicherheitspolitischer Sicht darf man schlichtweg nicht zur Tagesordnung übergehen. Es ist wichtig, dass die Politik direkt von den Behörden informiert wird, dass es hier einen ständigen Austausch gibt und dass auch die Bevölkerung informiert wird, weil die Bürger, insbesondere auch die Anrainer von Quartieren haben sich verdient zu wissen, was hinter den Toren von Flüchtlingsheimen auch entsprechend vorgeht. Und die kriminelle Energie dieser 700 Straftaten, diese Asylheime als Zentren der Gewalt sind eine Gefährdung für die ganze Steiermark und es ist unsere Pflicht, auf diese Gefährdungslage entsprechend zu reagieren und es braucht eine dringende Vernetzung zwischen Sicherheitsbehörden und der Politik, um zu verhindern, dass vertuscht und zugedeckt wird, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)*



Ich darf daher folgenden Antrag einbringen: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert unter Einbeziehung von Vertretern aller Landtagsfraktionen sowie des Bundesministeriums für Inneres und der Fremdenpolizei einen Gipfel abzuhalten, in dessen Rahmen Maßnahmen erarbeitet werden, um in und rund um alle steirischen Asylquartiere endlich für die nötige Sicherheit und Ordnung zu sorgen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 10.12 Uhr*)

**Präsidentin Kolar:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Mario Kunasek. Bitte, Herr Klubobmann.

**LTAbg. Kunasek – FPÖ (10.12 Uhr):** Danke, Frau Präsidentin! Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich möchte nur mit ein, zwei Sätzen noch einmal auf die Nichtbeantwortung der Frau Landesrätin eingehen. Frau Landesrätin hat ausgeführt, Gesetze sind einzuhalten. Das war gleich der erste oder zweite Satz ihrer Ausführungen. Sehr geehrte Frau Landesrat, wir würden uns wünschen, dass auch Sie die Gesetze und die Regeln einhalten, was das Interpellationsrecht betrifft. (*Beifall bei der FPÖ*) Das haben Sie leider nicht getan und auch heute wieder nicht. Umso befremdlicher ist es auch, wenn Sie daran festhalten, dass es monatliche Besprechungen mit der Sicherheitsexekutive und den Beamten Ihres Hauses gibt und damit ja klar ist, dass Sie über diese Zustände bescheid gewusst haben und nicht bereit waren und auch heute nicht bereit sind, hier Transparenz walten zu lassen. Irgendwie führt sich diese ganze Argumentationsnudel, die Sie da in den letzten Monaten aufgezo- gen haben, ad absurdum. Ich glaube, nachvollziehbar ist das für keinen mehr – weder für Abgeordnete dieses Hauses noch für die steirische Bevölkerung, meine sehr geehrten Damen und Herren – das hat unser geschäftsführender Klubobmann richtig ausgeführt. Nachdem der heutige Misstrauensantrag, den Applaus einschätzend, heute wohl keine Mehrheit hier in diesem Haus finden wird, wird dieses Misstrauensvotum wohl die steirische Bevölkerung am 24. November gegen Sie aussprechen, sehr geehrte Frau Landesrätin Kampus. (*Beifall bei der FPÖ*)

Lieber Hermann Schützenhöfer, geschätzter Herr Landeshauptmann, ich möchte auch auf deine Ausführungen ein bisschen näher eingehen, weil du einiges gesagt hast, was ich unterstreichen und unterstützen kann, aber einiges gesagt hast, wo ich nicht deiner Meinung bin. Du hast gesagt, dass das, was Türkis-Blau im Bereich der Sicherheit getan hat – und du hast als Beispiel die Übung in Spielfeld gebracht, wir haben dort eine gemeinsame Pressekonferenz auch mit dem Innenminister gemacht und eben auch mit dir –, dass diese Maßnahmen die richtigen gewesen sind. Ich glaube, das haben auch viele in Österreich so gesehen und das haben vor allen Dingen auch die Steirerinnen und Steirer so gesehen, weil – und da sind wir, glaube ich, einer Meinung – sich Situationen, wie sie sich abgespielt haben, nicht mehr wiederholen dürfen. Du hast von einem Trichter gesprochen, von einem Trichter, der in Spielfeld aufgrund der infrastrukturellen Lage eben gegeben ist, und wir haben alles darangesetzt, diese dort schwierige Situation mit dem richtigen Grenzmanagement, den richtigen Maßnahmen gemeinsam – Bundesheer und Exekutive – so zu bespielen, dass sich Situationen wie damals eben nicht mehr abspielen. Da decken wir uns auch, glaube ich, in unserer politischen Vorstellung, dass wir das nicht wollen und dass es damals die richtigen Maßnahmen waren. Umso befremdlicher aber ist es, lieber Herr Landeshauptmann, wenn genau jener Innenminister, der auf der einen Seite von dir gelobt wird für die richtigen Maßnahmen, die damals gesetzt worden sind, der ÖVP insgesamt aber anscheinend doch immer wieder ein gewisser Dorn im Auge war. Wenn man jetzt hört, das ist ja das, was für mich als ehemaliger Verteidigungsminister am befremdlichsten ist, dass es anscheinend in den Sondierungsgesprächen schon Überlegungen gegeben hat – und das wird schon so sein, ich war selbst einmal dabei –, wer welche Ministerien übernimmt, wer welche Verantwortung in dieser Republik übernimmt seitens der ÖVP und seitens der Grünen, und dann letztlich berichtet wird, dass das Bundesheer von der ÖVP (*LTabg. Riener: „Woher soll das sein?“*) nicht gewollt wird und man das gerne den Grünen gibt, dann frage ich mich schon, lieber Herr Landeshauptmann, wie ernst du es meinst, wenn du von (*LTabg. Riener: „Dann weißt du mehr als wir. Ist das ein Lauschangriff oder was?“*) einer Stärkung des Bundesheeres sprichst und die ÖVP nicht bereit ist, dieses wichtige Sicherheitsressort zu übernehmen. (*Beifall bei der FPÖ – Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP*) Liebe Freunde der ÖVP, ich sage euch jetzt einmal was. Ich sage euch jetzt als Abgeordneter und ehemaliger Verteidigungsminister: Ihr habt als Sicherheitspartei völlig abgedankt. Ich wünsche dem österreichischen Bundesheer – Lukas, du bist einer, der in Verbundenheit mit dem Bundesheer lebt – alles, alles Gute, wenn es dann darum geht, ordentliche Budgets auszuverhandeln, wenn es dann darum geht,

mit den Grünen gemeinsam das Bundesheer zu stärken und dafür zu sorgen, dass wir genauso hier Dinge wie 2015 nicht mehr erleben. Wie dieses Kunststück gelingen soll in den Verhandlungen, das weiß ich nicht. Ich weiß nur eines: Ihr habt jetzt das Zeichen gesetzt, *(LTAvg. Riener: „Das warten wir ab.“)* Bundesheer ist euch egal, ihr übergebt das lieber dem Werner Kogler und das noch Bessere war, Werner Kogler hat gesagt: „Ich will es gar nicht haben.“ Das heißt, das wird dann sozusagen wohl so sein, dass der Adjutant des Bundespräsidenten, der Herr Generalmajor Starlinger, weiter dieses Ressort führen darf, weil keiner von euch beiden bereit ist, dort Verantwortung zu übernehmen. *(LTAvg. Riener: Unverständlicher Zwischenruf)* Schämt euch ihr Lieben, *(LTAvg. Riener: „Ihr wollt keine Verantwortung. Ihr nehmt euch das einfach heraus.“)* nein, schämt euch ihr Lieben. *(Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP – Landesrat Mag. Drexler: „Ihr wollt überhaupt keine Verantwortung.“ – Beifall bei der FPÖ)* Schämt euch, ihr Lieben in der ÖVP. Das hat sich beim besten Willen das Bundesheer nicht verdient. *(Gleichzeitige, unverständliche Zwischenrufe bei Abgeordneten der ÖVP -Landesrat Mag. Drexler: „Das ist ja nicht richtig.“)* Ihr braucht gar nicht aufgeregt hineinschreien, ihr seid in Sondierungs- und Koalitionsgesprächen, seit heute verhandelt ihr. Beweist, ihr habt jetzt die Möglichkeit. *(LTAvg. Riener: Unverständlicher Zwischenruf - Präsidentin Kolar: „Lieber Herr Klubobmann, ich bitte dich, zur Sache zu sprechen.“)* Das ist ja die Sache. *(Präsidentin Kolar: „Nein. Herr Klubobmann. Ich bitte zur Sache zu sprechen.“)* Meine sehr geehrte Frau Präsidentin, wir reden hier über Zustände in Asylheimen, wir reden hier von Gewalttaten, die von Asylwerbern, die über die Grenze nach Österreich gekommen sind, auch begangen worden sind. Deshalb reden wir auch von der Zukunft in diesem Bereich und dazu zählt natürlich auch der Kampf gegen die illegale Migration. Frau Präsidentin, ich repliziere auf die Ausführungen des Herrn Landeshauptmannes. Du bist ihm auch nicht ins Wort gefallen und hast gesagt: „Zur Sache“, er hat ja von dem Grenzeinsatz gesprochen und von der Übung pro pordom.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, die Exekutive ist aufgestockt worden. Man wird sehen, wie sich das in Zukunft entwickelt. Herr Klubobmann hat schon richtig ausgeführt, Peschorn hat auch hier wieder Maßnahmen zurückgenommen. Ich kann es nicht verstehen, gerade angesichts der Sicherheitssituation, die wir in Österreich auch haben.

Lieber Herr Landeshauptmann, abschließend: Du hast gesagt, wir sollen nicht schlechtreden und wir sollen die Bevölkerung nicht verunsichern. Ich gebe dir Recht. Das tun wir auch nicht, das sind ja nicht Zahlen, die wir uns in irgendeiner Klubsitzung ausgedacht haben,

sondern eine Anfragebeantwortung des Innenministers. Weil eines darf auch nicht passieren, Herr Landeshauptmann, auch wenn Wahlkampf ist, dass wir Situationen schöner reden, als sie de facto sind. Ich glaube, es ist auch unsere Verantwortung offen zum Ausdruck zu bringen, wenn es irgendwo Missstände gibt. Und, ja, liebe Frau Landesrätin, Sie haben hier einen großen Missstand in Ihrem Asylbereich hinterlassen, der sofort auch in Zukunft – ab dem 25. – zu beheben ist, ganz klar zu beheben ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.  
*(Beifall bei der FPÖ – 10.18 Uhr)*

**Präsidentin Kolar:** Danke, Herr Klubobmann.

Gibt es weitere Wortmeldungen? Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, komme ich zur Abstimmung.

Es liegt ein Misstrauensantrag der FPÖ gemäß Artikel 38 Abs. 4 der Landesverfassung vor, wonach der Landtag Landesrätin Mag. Doris Kampus das Vertrauen versagen sollte.

Ich komme nun zur Abstimmung des Misstrauensantrages und ersuche die Damen und Herren, die dem Misstrauensantrag der Freiheitlichen Partei, Einl.Zahl 3702/2, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3703/2 (zu D2), betreffend „Bestreifung steirischer Asylquartiere durch externes Sicherheitspersonal“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 3703/3, betreffend „Politischer Gipfel für Sicherheit und Ordnung in steirischen Asylquartieren“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe:

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Geschätzte Damen und Herren, ich bitte noch um ein bisschen Geduld.

Ich habe die erfreuliche Mitteilung heute hier zu machen am Ende dieses Sonderlandtages: Unser Landesrat Anton Lang, Landesrat für Finanzen, Sport und Verkehr, Umwelt, Natur und Tierschutz, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Lieber Toni, wir wünschen dir von Herzen alles Gute, viel Gesundheit und Kraft.

*(Allgemeiner Beifall)*

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Aufgrund der Terminplanung in der laufenden Tagung des Landtages findet die nächste Sitzung voraussichtlich am 19. November 2019 mit Beginn um 10.00 Uhr statt.

Zu dieser Sitzung des Landtages wird verbindlich auf schriftlichem d.h. elektronischem Weg eingeladen.

Die Sitzung ist beendet.

*(Ende der Sitzung: 10.21 Uhr)*